

PRÜFUNG DER DEMOGRAFISCHEN, WIRTSCHAFTLICHEN UND ÖKOLOGISCHEN FOLGEN EINER BEGRENZUNG AUF 10 MILLIONEN EINWOHNER

Autoren

Prof. P Wanner, Université de Genève

Dr. David Maradan, Chargé de cours, HEG - Genève & directeur ecosys SA

Dr. Klaus Keller, Collaborateur scientifique, HEG - Genève & ecosys SA

Prof. Giovanni Ferro-Luzzi, Directeur IREG, HEG - Genève & Université de Genève

Studie im Auftrag der Fédération des Entreprises Romandes Genève durchgeführt

ZUSAMMENFASSUNG

Die eidgenössische Volksinitiative «Keine Schweiz mit 10 Millionen! (Nachhaltigkeitsinitiative)» zielt darauf ab, die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz bis 2050 auf maximal 10 Millionen Einwohner zu begrenzen. Ab einem Schwellenwert von 9,5 Millionen sollen restriktive gesetzliche Massnahmen im Bereich Migration ergriffen werden. Bleiben diese ohne Wirkung, verlangt die Initiative die Kündigung internationaler Abkommen, die das Bevölkerungswachstum begünstigen – insbesondere des Abkommens über die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union. Diese Studie untersucht die demografischen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen einer solchen Begrenzung anhand von demografischen Szenarien und einer umfassenden Auswertung der aktuellen Literatur.

Demografische Auswirkungen

Die Simulationen zeigen, dass eine Stabilisierung der Bevölkerung auf 10 Millionen nur durch eine massive Reduktion des Migrationssaldos erreicht werden kann. Ab 2035 müsste der jährliche Migrationssaldo von rund 49'000 Personen (gemäss Referenzszenario des Bundesamts für Statistik – BFS) auf 23'700 gesenkt werden – eine Reduktion um mehr als 50 %. Die von der Initiative direkt anvisierten Instrumente (Asyl und Familiennachzug) bieten jedoch nur begrenztes Handlungspotenzial, da der Migrationssaldo hauptsächlich aus Erwerbsmigration stammt.

Diese Verringerung der Zuwanderung würde zu einem raschen Rückgang der Erwerbsbevölkerung (20–64 Jahre) führen. Während diese im Referenzszenario im Jahr 2050 5,92 Millionen erreichen würde, läge sie im Begrenzungsszenario nur noch bei 5,63 Millionen – ein Unterschied von rund 300'000 Personen. Ab 2040 würde die

Erwerbsbevölkerung alle fünf Jahre um 1 bis 1,4 % schrumpfen. Gleichzeitig würde der Altersquotient im Jahr 2050 rund 47 Personen ab 65 Jahren pro 100 Personen im erwerbsfähigen Alter betragen, gegenüber 45 im Referenzszenario. Der natürliche Saldo würde stärker negativ, da der Rückgang der Geburten unter der zuwandernden Bevölkerung den demografischen Alterungsprozess verstärkt.

Wirtschaftliche Auswirkungen

Die Verringerung der Erwerbsbevölkerung hätte in einem Umfeld strukturellen Fachkräftemangels und demografischer Alterung negative makroökonomische Folgen. Die Projektionen des SECO zeigen bereits ab Mitte der 2040er-Jahre einen wachstumsdämpfenden Effekt der Alterung auf das BIP; eine Reduktion des Migrationssaldos würde diesen Trend verstärken. Wirtschaftsakteure rechnen bis 2035 mit einem Mangel von rund 460'000 Vollzeitäquivalenten.

Besonders betroffen wären Branchen mit hohem Anteil ausländischer Arbeitskräfte: Gastgewerbe, Baugewerbe, Immobilien sowie administrative Dienstleistungen. Automatisierung kann den Rückgang des Arbeitskräfteangebots nur teilweise kompensieren; ihr Potenzial ist heterogen und in KMU – die rund zwei Drittel der Beschäftigung in der Schweiz ausmachen – begrenzter. Eine Begrenzung der Zuwanderung würde zudem den Anteil junger Arbeitskräfte reduzieren: Zwischen 2018 und 2024 waren rund 63 % der Neuzuwandernden zwischen 15 und 39 Jahre alt – eine Schlüsselgruppe für Technologieadoption und Innovation.

Auf Ebene der öffentlichen Finanzen zeigen Projektionen des Eidgenössischen Finanzdepartements, dass ein Szenario niedriger Migration die Staatsquote bis 2060 um +0,37 Prozentpunkte des BIP erhöht, hauptsächlich aufgrund der Sozialversicherungen. Die öffentliche Verschuldung, bereinigt um interne Transfers, würde um +2,38 Prozentpunkte des BIP stärker steigen als im Referenzszenario. Die finanzielle Lage der AHV und IV würde durch eine geringere Zuwanderung besonders belastet: Die Prognosen zeigen ab 2026 ein strukturelles Defizit der AHV, das durch die schwächere Lohnsummenentwicklung weiter verschärft würde.

Ökologische Auswirkungen

Die Umweltanalyse zeigt, dass das Bevölkerungswachstum nur ein Teilfaktor ökologischer Belastungen ist. In der Schweiz beträgt der CO₂-Fussabdruck pro Kopf rund 13 tCO₂eq/Jahr, gegenüber einem weltweiten Durchschnitt von 6 tCO₂eq/Jahr, während für das 1,5-°C-Ziel Werte zwischen 2 und 3 tCO₂eq/Jahr erforderlich wären. Selbst bei einer Begrenzung der Bevölkerung auf 10 Millionen würden die Emissionen somit weit über den Zielwerten bleiben.

Die empirische Literatur betont, dass Konsummuster, sektorale Struktur und öffentliche Politik weit entscheidender sind als die Bevölkerungsgrösse. Eine Begrenzung der Zuwanderung führt nicht zu einer Reduktion der Umweltbelastung pro Kopf und ist aus dieser Perspektive weniger wirksam als Massnahmen, die direkt auf Emissionen, Energie- und Materialeffizienz abzielen.

Schlussfolgerung

Insgesamt zeigt die Studie, dass die Initiative «Keine Schweiz mit 10 Millionen» eine drastische Reduktion der Zuwanderung erfordern würde, was zu einer Schrumpfung der Erwerbsbevölkerung, einer Verstärkung der Alterung und einer Verschlechterung der makroökonomischen und fiskalischen Gleichgewichte führen könnte.

Die ausgewertete Literatur legt zudem nahe, dass die von der Initiative angeführten Nachhaltigkeitsziele wirksamer durch Politiken erreicht würden, die auf Produktions- und Konsummuster abzielen, statt durch eine starre demografische Begrenzung.